

**Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner,
35. Plenarsitzung am 27. März 2009 zu TOP 30:
Demokratieerfahrungen fördern, Partizipationsmöglichkeiten stärken,
den Integrationsgedanken und Menschenrechtsbildung ausbauen –
Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit
und Antisemitismus
Antrag der Fraktion der SPD, Drs. 16/624,**

**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Integration und
Sport, Drs. 16/1065**

Zweite Beratung

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

vor vier Monaten haben wir hier im Plenum in der ersten Beratung über das Aktionsprogramm der SPD-Landtagsfraktion gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus debattiert. Anlass war einerseits das verstärkte Auftreten rechtsextremistischer Gruppierungen mit Kundgebungen und Demonstrationen und andererseits die Veröffentlichung der neuen Studie „Ein Blick in die Mitte“ über die Ursachen des Rechtsextremismus.

Diese Studie weist eine Verfestigung fremdenfeindlicher Einstellungsmuster in einem nicht unerheblichen Ausmaß bis in die Mitte der Gesellschaft hinein aus. Die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen ist demnach in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen in verstärktem Maße anzutreffen.

Dass in Niedersachsen dringend zentral abgestimmte und koordinierte Maßnahmen gegen Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus ergriffen werden müssen, zeigen auch die aktuellen Entwicklungen in den vergangenen vier Monaten. Bei zwei großangelegten Durchsuchungsaktionen in Süd-Ost-Niedersachsen wurden erhebliche Mengen an Waffen und rechtsextremistischen Propagandamaterial gefunden.

Rechtsextremistische Kameradschaften treten immer häufiger in der Öffentlichkeit auf und haben mit der Anmeldung von Demonstrationen zu symbolträchtigen Daten wie zum Tag der Arbeit am 1. Mai für Aufsehen gesorgt.

Prof. Dr. Pfeiffer wies bei der Vorstellung der ersten Ergebnisse seines Forschungsprojekts „Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt“ besonders auf die bei deutschen Jugendlichen berichteten ausländerfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen hin. So seien rund 14,4 Prozent der befragten Jugendlichen als „sehr ausländerfeindlich“ einzustufen (19 Prozent der Jungen, 9,6 Prozent der Mädchen).

Von den befragten Jungen und Mädchen gaben zudem 4,9 Prozent bzw. 2,6 Prozent an, Mitglieder einer rechtsextremen Gruppe oder Kameradschaft zu sein.

Auf antisemitische Einstellungen lassen die Antworten von 6,4 Prozent der Jungen und 2,1 Prozent der Mädchen schließen.

Dieses ist erschreckend, meine Damen und Herren!

Aber, rechtsextremistische, menschenfeindliche und antisemitische Einstellungen findet man nicht nur bei Jugendlichen. Damit kein falsches Bild entsteht, muss deutlich gesagt werden:

In allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen gibt es eine Verfestigung menschenfeindlicher Einstellungsmuster, die sich gegen vermeintlich Schwächere in unserer Gesellschaft richten. Jugendliche sind dabei nicht anfälliger als andere Altersgruppen.

Demzufolge greift ihre Aussage, meinen Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, Rechtsextremismus vorrangig als ein Jugendproblem zu betrachten, zu kurz.

Auch ihre Aussage, dass die NPD gerade für junge Menschen attraktiv sei, ist nicht zutreffend. Obwohl das Durchschnittsalter der NPD gesunken ist, liegt es aber immer noch bei etwa 40 Jahren.

Zutreffend ist allerdings, dass die Gewaltbereitschaft unter jüngeren Menschen gestiegen ist. Dieses bestätigte z. B. auch jüngst Professor Stoess auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hannover.

Meine Damen und Herren, wir haben ihnen ein umfangreiches Aktionsprogramm vorgelegt, mit dem durch interdisziplinäre Handlungsvorschläge die Ursachen von Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft umfassend bekämpft werden sollen.

Bei den Beratungen unseres Antrags in den Fachausschüssen haben wir mündlich erläutert, durch welche konkreten Maßnahmen die 17 Handlungsansätze in die Praxis umgesetzt werden können.

Wir haben dieses auch durch Entschließungsanträge wie z. B. „Kulturelle Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen sichern: Freier Eintritt zu den Landesmuseen“ zum Ausdruck gebracht.

Diesen Antrag haben sie abgelehnt, meine Damen Herren von der CDU und der FDP.

Gleiches gilt für den Antrag der SPD „Mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Lehrämter“. Auch den haben sie abgelehnt.

Unsere Forderung nach einer verstärkten Inpflichtnahme der öffentlich-rechtlichen Medien, die unserer Meinung nach ihren Bildungsauftrag akzentuieren müssen, statt zunehmend Formate der Privaten zu kopieren, wurde von ihnen als vermeintliche Zensur gewertet.

Wir wollen keine Zensur ausüben. Uns ging und geht es darum, dass sich die öffentlich-rechtlichen Medien verstärkt ihres Bildungsauftrags bewusst werden und diesem auch zur Hauptsendezeit gerecht werden.

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion hat nicht gesagt, dass die Landesregierung nichts gegen Rechtsextremismus unternimmt.

Vielfach führen sie ja die bereits zu unserer Regierungszeit initiierten Projekte gegen Rechts weiter.

Aber, meine Damen und Herren, der entscheidende Unterschied ist, dass wir von ihnen ein umfassendes und interdisziplinäres Handlungskonzept fordern, welches wir ihnen auch vorgelegt haben.

Ein solches Konzept ist nötig, weil die Ursachen für das Entstehen rechtsextremistischer Einstellungen an vielen Stellen unserer Gesellschaft zu finden sind. So z. B. in autoritären Erziehungsstilen der Eltern, in

Bestimmungen in unseren Schulen oder eben auch in Tendenzen der sogenannten „öffentlichen Meinung“.

Der vorliegende Änderungsantrag von CDU und FDP ist eine Fleißarbeit, in dem eine Aneinanderreihung von allgemeingültigen und damit natürlich auch einige unterstützenswerte Aussagen enthalten sind, sie bleiben aber in ihrer Analyse über die Ursachen von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit sehr oberflächlich und sind deshalb, wenn es auf der Ebene der konkreten Umsetzung geht, folgerichtig vage.

Uns geht es hingegen um eine umfassende gesamtgesellschaftliche und inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, der Ausländerfeindlichkeit und des Antisemitismus.

Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus müssen also von der Einsicht geleitet sein, dass es sich primär um ein strukturelles politisches und gesellschaftliches Problem handelt und Maßnahmen gegen Rechts deshalb auf Stetigkeit ausgerichtet sein müssen.

Notwendig ist ein integratives Konzept, das neben repressiven sowohl sozial- als auch bildungs- und integrationspolitische Maßnahmen einschließt und das darüber hinaus zivilgesellschaftliche Aktivitäten ermuntert und unterstützt.

Wenn sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP in ihrem Änderungsantrag insbesondere an Städte und Gemeinden appellieren, sich für Gemeinsinn, ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen und für Demokratie und Toleranz zu engagieren, aber gleichzeitig den Antrag „Städtepartnerschaft gegen Rassismus unterstützen“ ablehnen, ist das ein Widerspruch, den sie dem Plenum einmal erklären müssen!

Im Gegensatz zu unserem Aktionsprogramm fehlt den von den Koalitionsfraktionen dargelegten Einzelmaßnahmen ein umfassender Handlungsansatz und eine zentrale Stelle, in der die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus abgestimmt und koordiniert werden.

Meine Damen und Herren von der Koalitionsfraktionen, sie können es drehen und wenden wie sie wollen:

Wir brauchen hier in Niedersachsen wieder eine Landeszentrale für politische Bildung!

Landauf und landab beklagen Lehrerinnen und Lehrer und die übrigen in der politischen Bildung Tätigen das Fehlen einer zentralen Stelle für politische Bildung, bei der man Materialien erhält, sich fort- und weiterbilden kann und von der Seminare und Informationsveranstaltungen angeboten werden.

Es ist schon ein eigenartiger Zustand, dass in Niedersachsen bei Aufklärungsveranstaltungen gegen Rechtsextremismus auf die Produkte der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Landeszentralen anderer Bundesländer hingewiesen wird, während wir in Niedersachsen als einziges Bundesland keine solche Einrichtung mehr haben.

Uns ist bekannt, meine Damen und Herren, dass auch aus der unzulänglichen Integration der Migranten soziale Probleme resultieren, auf die Rechtsextremisten mit fremdenfeindlichen Forderungen reagieren.

Einerseits werden oft muslimfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung von Rechten aufgegriffen.

Deshalb ist es auch notwendig, dass die Auseinandersetzung mit dem Islam ausgesprochen differenziert erfolgen muss, damit islamophobe Grundstimmungen nicht weiter angeheizt werden.

Wenn Rechtsextreme das angebliche Schreckensszenario einer islamische Einwanderung aus dem Süden aufbauen, werden dadurch auch in breiten gesellschaftlichen Kreisen islamophobe Vorurteile geschürt.

Andererseits wird von der NPD verstärkt versucht, Spätaussiedler mit Hinweis auf ihre deutsche Herkunft für sich zu gewinnen.

Beide Beispiele zeigen eine Instrumentalisierung von Bevölkerungsgruppen durch die Rechten auf.

Auf diesen Aspekt, meine Damen und Herren von CDU und FDP, gehen sie in ihrem Änderungsantrag überhaupt nicht ein.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch nochmals hervorheben, dass eine grundlegende Menschenrechtsbildung ein Schwerpunkt unseres Aktionsprogramms ist.

Diskurse, die eine Ungleichwertigkeit von Menschen behaupten, müssen unterlassen und gesellschaftlich geächtet werden.

Dabei ist es unerheblich, ob diese vermeintliche Ungleichwertigkeit aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, der Herkunft, der Religionszugehörigkeit, der Hautfarbe oder z. B. auf einer gleichgeschlechtlichen sexuellen Orientierung beruht.

Auch dieser Ansatz, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, wird in ihrem Antrag leider nicht thematisiert.

Eine unspezifische Auseinandersetzung mit dem Extremismus schlechthin verwischt die Unterschiede in Hinsicht auf die sozialen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen und verliert sich in allgemein gehaltenen Aussagen und Appellen.

Die SPD-Landtagsfraktion lehnt den Änderungsantrag der CDU/FDP und damit die Beschlussempfehlung den Innenausschusses ab.

Mit dieser Entscheidung nehmen sie unseren Antrag, in dem das konkrete Aktionsprogramm gegen Rechts enthalten ist an.

Ich werbe noch einmal für die Annahme unseres Ursprungsantrages.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.